

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. M. 9.—, vierteljährl. M. 27.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 29.50 einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 40 Pfg. : Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Petitzeile oder deren Raum M. 1.—, auswärts M. 1.20. : Reklamezeile M. 3.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: Täglich 8 Uhr vormittags. : In Kontursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlagsgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gsch in Wildbad.

Nummer 6

Februar 1922

Wildbad, Montag, den 9. Januar 1922

Februar 1922

56. Jahrgang

Das Wirtschaftsjahr 1921.

Am 11. Mai wurde das Londoner Ultimatum unterzeichnet und knapp ein halbes Jahr darauf erfolgte die offizielle Bekanntgabe der Unmöglichkeit der Erfüllung der finanziellen Forderungen der Entente. Die deutsche Reichsregierung hat am 15. Dezember die Wiederherstellungskommission das erste Stundungsgebot überreicht. Gewiß wird in den politischen Kreisen der Entente das für die Weltwirtschaft fühlbare ganze Zusammenbrechen der deutschen Volkswirtschaft höchst unangenehm empfunden; aber man ist deshalb auch nur darauf bedacht, die Auswirkungen dieses Zusammenbruchs auf die eigene Volkswirtschaft nach Möglichkeit zu begrenzen, nicht etwa um die deutsche Entindustrialisierung anzuhelfen. Wenn also wirtschaftliche Konjunktur in nächsten Jahre einberufen werden, so dürfte dies in erster Linie zur Erörterung der Frage geschehen wie man sich gegen das Hineinziehen in den Stadel des deutschen Wirtschaftselends schützen kann. Eines der Hauptziele ist dabei zweifellos die Festigung der deutschen Mark. Gelingt es der Entente, diese herbeizuführen, dann kann sie vor dem deutschen Wettbewerb geteilt werden. Die Festigung der Mark ist also eine Hauptfrage nicht allein für uns, sondern mehr noch für die Entente.

Angesichts des Sturzes der deutschen Mark, als es sich darum handelte, für die uns durch das Londoner Finanzdiktat im Mai v. J. aufgezwungene Zahlung der ersten Goldmilliarde die nötigen Devisen zu beschaffen, muß darauf hingewiesen werden, daß der Rückgang der Mark nicht allein aus den Entschädigungszahlungen entstanden ist, sondern schon vorher einen ganz außerordentlichen Umfang angenommen hatte infolge unserer unglücklichen Finanzwirtschaft, die mit Hilfe der Notenpresse und der Anbahnung immer weiterer Verschärfung der Forderungen aller Art befristete, für die eigentliche Deckung nur in einem ordentlichen Maß hätte geben dürfen. Im Lauf des Jahres 1921 ist der Notenumlauf von 66 auf 109 Milliarden gestiegen und der Umlauf an Darlehenskassen von 12 auf 8 Milliarden gesunken. Im ganzen haben wir heute einen Papiergeldumlauf von 117 Milliarden zu verzeichnen, das ist eine Zunahme um 39 Milliarden. Bekanntlich ist die Vermehrung des Notenumlaufs um 43 Milliarden Mark eine zinslose Vermehrung der Reichsschulden, die aber infolge der oben erwähnten Bedenken, als mit dem Anwachsen des Notenumlaufs eine entsprechende Entwertung des Geldes Hand in Hand geht. Am Dollar gemein hat dann auch die Mark eine ganz ungeheure Entwertung erfahren. Nachdem das Londoner Ultimatum angenommen war, hat nach einem schnell vorübergehenden Kurs von etwa 58 der Dollar bereits im Juli seine frühere Aufwärtsbewegung begonnen. Im September überschritt er den Kurs von 100, und im November ging dann eine bisher noch nicht bekannte Panne in Dollars los, die ihn im offiziellen Verkehr auf 310 Mark und im freien Verkehr auf 330 Mark trieb. Dann aber setzte der Rückschlag ein. Es kam der „schwarze Donnerstag“ vom 1. Dezember, welcher das ganze Kursgebäude zusammenbrechen ließ, und in der letzten Zeit pendelt um der Dollar so zwischen 160 und 200.

Das Anwachsen des Notenumlaufs um 43 Milliarden Mark kam aus der Erhöhung der schwebenden Schuld von rund 150 auf 238 Milliarden im Lauf des Jahres, also um rund 90 Milliarden. Einschließlich der jübierten Schuld von rund 90 Milliarden haben wir nun 330 Milliarden Schulden. Die schwebende Schuld ist zum Teil also mit der Vermehrung des Notenumlaufs um 43 Milliarden, der Rest durch Übernahme der Reichsschulden bei Banken, Sparkassen usw. mit 47 Milliarden untergebracht. Das weitere Steigen der schwebenden Schuld im Jahr 1922 ist sicher, auch wenn wir zum mindesten von der Zahlung der geforderten halben Milliarde Goldmark zum Januar und Februar entbunden würden, da die Steuererträge nicht hinreichen, um die Ausgaben zu decken, und die Verkehrseinnahmen von Post und Eisenbahn eben als trotz aller jetzt kommenden Tarifserhöhungen unzureichend sein dürften.

Auf Verlangen der Entente hat sich die Reichsregierung nun zu den außerordentlich hohen Tarifen bei der Post und auch bei der Eisenbahn entschlossen. Dies neuen Tarife dürften, wenn nicht eine neue Papiergeldwelle

ste zunächst wieder erträglich macht, zu einer Droppelung des Verkehrs führen. Darauf hat es die Entente natürlich, in erster Linie England, abgesehen. Je mehr die deutsche Industrie und das gesamte deutsche Wirtschaftslieben unter der Verteuerung des Verkehrs leidet, um so sicherer wird der deutsche Wettbewerb leidet. Aus demselben Grund drängt man naturgemäß, wie schon ausgeführt, auch auf eine Festigung der deutschen Währung und Verfestigung der Reichsbank. Es wird eine durchaus folgerichtige Wirtschaftspolitik von der Entente uns gegenüber getrieben.

Die neue Steuerpolitik geht mit ihrer „Erfassung der Geldwerte“ oder Sachwerte auf die schärfste Erfassung des Kapitals, des Privatbesitzes hinaus, der zum Teil dem Reich überantwortet werden soll, das dann seinerseits diese Anteile an die Verbundmächte abzuliefern hätte. Die Entente überläßt aber derartige „Entschädigungszahlungen“ nach einem klar abgebauten Plan ihren Großkapitalisten und Spielbanken, so die Gruben in dem zu diesem Zweck geraubten Obersteien und Lothringen, die Kalkminen und Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, ja sogar die Ablieferung von Kohlen, Eisen, Vieh usw. Es ist also Gefahr, daß mit der Erfassung der Sachwerte, wenn sie nicht durch andere wirtschaftliche Vorteile in irgendeiner Weise abgefangen werden, die Steuer vorlagen sind dafür auf das Vermögen gerade nach dieser Seite hin zu prüfen.

Die Zwangswirtschaft ist im Lauf des letzten Jahres immer weiter abgebaut worden. Ein Rest ist die Getreideumlage, die im Hinblick auf die Weltmarktgestaltung in Getreide in Folge der starken Entwertung des Geldes zu einer Sonderbestimmung der Landwirte führte, und deshalb im nächsten Jahr schwerlich wiederkehren wird. Und damit würde das Hilfsverbot der Landwirtschaft, wie es jetzt als Ersatz für die Kreditkürzung der deutschen Industrie als devisensparende Maßnahme durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Vorbereitung ist, einen tödlichen Stoß erleiden. Als letzte Säule der Zwangswirtschaft stehen dann noch die Höchstpreisen, gegen deren Befestigung schwere Bedenken geltend gemacht werden, die aber ohne Zweifel auch das Wohl der Bevölkerung hemmen.

Das Wirtschaftsjahr 1921 hat keine Lösung, sondern wie man zu dessen Beginn voraussehen konnte, eine Verschärfung der Lage auf allen Gebieten gebracht. Von den Entschädigungszahlungen, die stattdessen im Standort ab von Versailles vorgesehenen 1 1/2 Milliarden uns durch London eine Last von mindestens 3 1/2 Milliarden jährlich brachten, wo nun noch aus den Wiesbadener Sachlieferung an die Entente weitere 1 1/2 Milliarden Goldmark kommen können, bis zur fortwährenden Entwertung der Mark und der Steigerung der schwebenden Schuld. Unter diesem Einfluß der Papiergeldwirtschaft ist auch der zweite große deutsche Ausverkauf im Herbst dieses Jahres in Fluß gekommen, der zwar eine zeitweilige Entlastung bei der Erwerbsoberflutung bringt, aber trübe Rückschlüsse für die Zinsen der Befestigung der Mark zuläßt, die wir aus den Erfahrungen nach dem ersten großen Ausverkauf mit Sicherheit ziehen können. Einer vorübergehenden Scheinbille folgt ein um so stärkerer Rückschlag.

Der Streit um die Tauchboote.

Für uns Deutsche ist es ein merkwürdiges Gefühl, wenige Jahre nach Kriegsende dieselben Streitfragen zwischen Frankreich und England austauschen zu sehen, die einst zwischen England und uns brennend waren, und in denen die Engländer es seinerzeit verstanden haben, fast die ganze Welt, einschließlich Frankreich, auf ihre Seite zu bringen. Das ganze Auftreten Englands in der Tauchbootsfrage, die Reden Balfours auf der Abrüstungskonferenz und der Chor der gut gelenkten englischen Presse, sind ein nachträgliches, unwiderlegliches Zeugnis für die Wirksamkeit des deutschen Tauchbootskriegs; denn nur so erklärt sich dieser Jahre, erbitterte Kampf der englischen Politik um die Abschaffung oder wenigstens die möglichste Einschränkung des Tauchboots.

Der englische Antrag, die Tauchboote als unrechtmäßiges Kampfmittel überhaupt abzuschaffen, hat keine Aussicht mehr durchzubringen, da außer Frankreich auch die Vereinigten Staaten und Japan die Tauchboote nicht entbehren wollen. So sucht England wenigstens den wirksamen Gebrauch der Waffe,

im Handelskrieg durch internationalen Beschluß als völkerrechtswidrig zu verbieten. Die Vereinigten Staaten sprangen England hier bei und brachten die Entschlie- lung Root ein, die den Tauchbootskrieg untersagt. Dadurch wird Frankreich in eine sehr ungünstige Lage gebracht. Stimmt es der Entschlie- lung vorbehaltlos zu, so hat sein ganzer Tauch-Bootsbau für die Zukunft nicht mehr den vollen Wert, d. h., entweder muß es im Ernstfall auf den Handelskrieg gegen England, also auf sein wirksames Kampfmittel verzichten, oder in Kauf nehmen, daß es für den Bruch eines von ihm selbst unterschriebenen Vertrages verantwortlich gemacht wird.

Die englische Politik hat es verstanden, einen großen Teil der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten gegen diese als die „Friedensförderer in Washington“ aufzubringen. Die amerikanischen Blätter geben Frankreich jetzt zu verstehen, es möge geilligt erst seine Schulden bezahlen, ehe es neue militärische Kampfmittel bauen.

Die Konferenz in Cannes hat zum Hintergrund diese noch ungeklärten englisch-französischen Gegenstände. Offenbar sollten die Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand dem Versuch dienen, im letzten Augenblick eine Einigung in der Flottenfrage herbeizuführen. Durch weitgehenden Verzicht auf seine Forderungen würde Frankreich sich vom englischen Wohlwollen abhängig machen. Es hat aber ganz andere Ziele: Es will im Gegenteil England unter ständigen Druck setzen und es zwingen, der Durchführung der französischen Vorherrschaft in Europa tatenlos zuzusehen. Frankreich hat sich deshalb durch seine Tauchbootsordnung selbst Verhandlungstrümpfe geschaffen, die es auspielen kann, um England in der deutschen Frage gefügig zu machen. Bisher ist ein ähnlicher Kuppel noch immer das Ende eines englisch-französischen Streits gewesen, bei dem ein anderer Ausweg nicht gefunden wurde.

Neues vom Tage.

Das Koch der drei Fragen.

Berlin, 8. Jan. Die deutsche Kriegslastenkommission hatte am 3. Januar der Wiederherstellungskommission in einer Note namens der Reichsregierung die Zustimmung von Mitteilungen betreffs der bekannten drei Fragen der Wiederherstellungskommission vom 16. Dezember angelündigt. Die Wiederherstellungskommission hat darauf am 6. Januar erwidert: Die deutsche Reichsregierung habe es für angezeigt erachtet, sich der Antwort auf die drei Fragen zu enthalten. Das müsse der Reichsregierung überlassen bleiben. Die Wiederherstellungskommission werde aber das deutsche Gesuch um Stundung nicht eher prüfen, bis die Fragen beantwortet seien. Der deutschen Reichsregierung werde die volle Verantwortung zufallen.

Französische Hebergriffe.

Wien, 8. Jan. Unter dem Vorwand der „militärischen Geheimbündelei“ sind von den Franzosen viele Personen im besetzten Gebiet verhaftet worden, darunter der Postdirektor, 9 Beamte, 8 Kaufleute, verschiedene Handwerker, Studenten und einige Jugendliche von 16 Jahren.

Die Konferenz in Cannes.

Die Eröffnungssitzung.

Paris, 8. Jan. Am 6. Januar, um 11 Uhr, begann nach dem amtlichen Bericht im Schiffsfabrikklub in Cannes die Sitzung des Obersten Rates unter der Leitung Briands. Lloyd George legte seinen Plan für den Wiederaufbau Europas vor, der grundsätzlich gebilligt und einem Ausschuss, bestehend aus den Ministerpräsidenten und den Ministern des Auswärtigen, zur Beratung übergeben wurde.

Lloyd George führte Lloyd George aus, die wirtschaftliche Lage Russlands beeinflusse die ganze Welt, besonders aber Deutschland, dessen Lage sich durch Handelsbeziehungen zu Russland bessern würde, woran auch Frankreich wegen der deutschen Zahlungsverpflichtungen ein Interesse habe. Für das helfende Eingreifen sei selbstverständlich Voraussetzung, daß Deutschland gewisse Bürgschaften gebe und daß Russland die Vorrechte an den anerkenne. Der Ausschuss schlossen sich Briand (Frankreich), Po vom (Italien), Theunis (Belgien) und Ishii (Japan) an. Briand verlangte auch von Russland gewisse Garantien.

Lloyd Georges Vorschlag.

Cannes, 8. Jan. Nach Havas ist der Vorschlag Lloyd Georges folgender: Da Deutschland nach britischer An-

man nicht in der Lage ist, die Beträge vom 15. Januar und 15. Februar voll zu begleichen, so wird von ihm im Lauf des Jahres 1922 nur eine Gesamtsumme von 500 Millionen, zahlbar in monatlichen Raten von 125 Millionen von jetzt ab bis zum 15. April verlangt werden. Die Hälfte dieses Betrags soll an Belgien fallen, das ein Vorkredit auf 2 Milliarden Goldmark hat. England wird seinerseits auf nahezu den ganzen Betrag von 500 Millionen Goldmark verzichten, die ihm zustehen, und nur 60-80 Millionen erhalten. Italien, das 80 Millionen erhalten sollte, wird ebenfalls ein bedeutendes Opfer bringen müssen.

Das Abkommen Loucheur-Rathenau würde von England angenommen und sofort für den ersten Zeitraum von drei Jahren in Kraft treten, während Frankreich von Deutschland Sachlieferungen in einem Wert von mehr als 1250 Millionen Goldmark für 1922 und von 1500 Millionen für 1923 und 1924 verlangen würde. Das Finanzabkommen vom 13. August zwischen den Verbandsmächten würde zugunsten Frankreichs geändert, besonders in der Abhebung der Saargruben, deren Wert uns erst später durch die Wiederherstellungskommission in Rechnung gestellt würde. Der britische Plan würde sich besonders auf die Zahlungen im Jahr 1922 beziehen. Er umfasst gleichzeitig ein System von Sicherheiten zur Ordnung der deutschen Finanzen; denn das sei die Grundbedingung für jede Regelung der Entschädigungen.

Die „unverschämteste“ Rede.

Paris, 8. Jan. Im „Matin“ berichtet Sauerwein, Lloyd George habe in der Eröffnungsitzung eine seiner glänzendsten aber auch unverschämtesten Reden gehalten. Der „Figaro“ meldet, Lloyd George habe seinen Plan „mit größter Entschiedenheit“ vorgetragen, nach und nach sei aber seine Ausdrucksweise milder geworden.

Stürmische Sitzung der Sachverständigen.

London, 8. Jan. „Daily Chronicle“ berichtet, die Nachmittagsitzung der Finanzminister und der Sachverständigen sei spärlich besucht gewesen, aber stürmisch verlaufen. Der französische Finanzminister Doumer brachte den französischen Standpunkt vor. Der englische Schatzsekretär Dorne bezeichnete das französische Verhalten für unbegreiflich.

In Berlin geht ein Licht auf.

Berlin, 8. Jan. Ein Berichterstatter meldet über den Eindruck, den die Rede Lloyd Georges in Berlin machte: Die Meldung über das „Garantie-System“ Lloyd Georges ist vorläufig noch mit Zurückhaltung aufzunehmen. Dieses System würde dem kranken deutschen Wirtschaftsleben nicht zur Befundung verhelfen, sondern ihm einfach den Todesstoß versetzen. Unter den Mitteln, die nach Lloyd Georges Ansicht die deutschen Finanzen in Ordnung bringen sollen, befindet sich die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Eisenbahntarife. Hierzu sei folgendes bemerkt: Die für den 1. Februar ursprünglich festgesetzte Fahrpreiserhöhung wird jedoch nicht genügen, vielmehr wird der am 30. Januar zusammentretende Eisenbahnrat über einen Fahrpreistarif beraten, der noch weit über den ursprünglich vorgesehenen hinausgeht und etwa das Doppelte der jetzigen Fahrpreise ausmachen dürfte. Kein geschäftliches Unternehmen wird mehr in der Lage sein, solche Frachten zu zahlen. Eine zweite Unmöglichkeit ist die Besteuerung der deutschen Kohle, damit sie zum Weltmarktpreis verkauft werden kann. Wenn Lloyd George ferner die Verwendung aller Devisen für die Entschädigungen verlangt, so würde mit der Durchführung dieses Verlangens der deutschen Industrie der Lebensfaden abgeschnitten werden. Weiter wünscht Lloyd George eine Kontrolle der Reichsbank. Das wäre ein Eingriff in innerdeutsche Angelegenheiten. Die Einschränkung des Papiergeldumlaufs würde keine noch so sorgsame Kontrolle bewirken. Ueberhaupt ist nicht ersichtlich, wie sich der Oberste Rat eine Einschränkung des Papiergeldumlaufs denkt. Mit all diesen angeblichen Plänen Lloyd Georges würde einzig und allein die dauernde wirtschaftliche Knebelung Deutschlands bewirkt werden.

Berlin, 8. Jan. Der „Deutschen Allg. Zeitung“ wird aus Cannes berichtet, die Vorbesprechungen haben eine für Deutschland nichts weniger als günstige Lage ge-

schaffen. Die Frage ist allein die, wie man Deutschland durch scharfe Maßnahmen zum Zahlungszwingen kann, ohne dabei die europäische Wirtschaft zu zerstören. Von einer wirklichen Hilfeleistung in Deutschlands Notlage ist keine Rede. Die Meinungen gehen nur über jene Maßnahmen auseinander. Belgien ist gegen Herabsetzung der Zahlungen und gegen jede Stundung.

Arbeitslosen-Versicherung.

Mit der Einführung der Arbeitslosen-Versicherung im Deutschen Reich soll es jetzt ernst werden. Die Reichsregierung will schon im ersten Halbjahr 1922 Beiträge einziehen, um einseitig einen Grundstock für eine solche Versicherung anzulegen, bis der Versicherungsgesetzentwurf den langwierigen Weg aus dem Reichsarbeitsministerium durch Reichswirtschaftsrat, Reichsrat und Reichstag mit allen dazu gehörigen Sachverständigen- und Ausschussberatungen bis zur Erreichung der Gesetzeskraft durchlaufen hat. Die Sache muß möglichst eilig und dringlich geworden sein. Denn auch den Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes hat der Reichsarbeitsminister dieser Tage dem Reichstag mit einem Hinweis auf „die Beschleunigung, deren der Entwurf bedarf“, zugestellt, noch ehe der Reichswirtschaftsrat sein Gutachten dazu abgegeben hat. Die Arbeitsnachweise sind unentbehrliche Glieder im System einer Arbeitslosenversicherung. Daher auch hier die Eile, mit der ihre reichsrechtliche Vereinheitlichung jetzt betrieben wird.

Die Drangsale der auswärtigen Politik haben jetzt keine Zeit und Kraft für die Erledigung solcher innerpolitischen Aufgaben übrig gelassen. Die auswärtige Politik ist es aber jetzt, die die Reichsregierung zu beschleunigten Erledigungen einer Reihe von innerpolitischen Reformarbeiten nötigt. Den eigenen Reichshaushalt so in Ordnung zu bringen, daß das Ausland Vertrauen in die Solidität der amtlichen Wirtschaftsführung gewinnt, mit anderen Worten, daß das Deutsche Reich kreditwürdig wird, das ist die von den englischen Staatsmännern deutlich betonte Aufgabe der deutschen Regierung. Sie haben mit aller Entschiedenheit verlangt, daß die Kosten der Arbeitslosenunterstützung, da sie eine unproduktive Ausgabe des Reichs darstellen, ebenso wie die Zuschüsse für Brot usw., auf andere Schultern übertragen werden müssen.

Die Erwerbslosenunterstützung gehört allerdings zu den großen Verlustposten im Hauptbuch des Deutschen Reichs. Sie beruht auf keinem selbstverwertbaren Rechtsanspruch. Solchen Rechtsanspruch genießt der deutsche Arbeitnehmer für die Fälle von Krankheit, Unfall und Invalidität. Gegen das Mißgeschick der unverschuldeten Arbeitslosigkeit hat ihn das Reich bis jetzt nicht versichert.

Der Versuch einer gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitslosen-Versicherung ist uns bereits vorgemacht worden, und zwar in England. Durch Lloyd George hat England nicht nur unsere soziale Gesetzgebung, mit der Deutschland bis dahin bahnbrechend vorangegangen war, nachgeahmt, sondern es hat sie kurz vor dem Krieg durch die Arbeitslosen-Versicherung vervollständigt. Das Wagnis darf heute als gelungen gelten.

Die Beitragspflicht zur englischen Arbeitslosen-Versicherung lastet auf Arbeitgebern, Arbeitnehmern und auf dem Staat. Die englische Arbeitslosen-Versicherung bezieht die schon vorhandenen Gewerkschaftskassen mit in ihr System ein. Es ist daher Vorzugsweise getroffen, daß Arbeitnehmer, die gar keinen oder nur verhältnismäßig geringen Gebrauch von Arbeitslosen-Unterstützung machen, in diesem löblichen Verhalten bestärkt werden durch geldliche Vorteile, die sie in einer Art von Prämie nach einer gewissen Zeit ausbezahlt oder gutgeschrieben erhalten. Ebenso werden Arbeitgeber, die durch Aufrechterhaltung der Betriebe in schlechten Geschäftszeiten usw. sich verdient machen, in ähnlicher Weise belohnt und ermuntert.

Die erzieherische Wirkung der Arbeitslosen-Versicherung im Gegensatz zu der öffentlichen Erwerbslosen-Unterstützung liegt darin, daß die gesamte beitragspflichtige Arbeiterschaft daran interessiert ist, keinen Mißbrauch der Versicherungsrichtung durch Arbeitslose aufkommen zu lassen. Ohne Zweifel bedeutet die englische Regelung eine weitere Stärkung der Machtstellung der Gewerkschaften gegenüber den einzelnen Arbeitern. Das ist auch ein Einwand, den man vielfach gegen die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung geltend gemacht hat.

Daß die Einführung der Arbeits- oder Erwerbslosen-Versicherung im jetzigen Augenblick von den Beitragspflichtigen freudig begrüßt werden sollte, das kann nicht erwartet werden. Sind doch auch ohnedies die Steuer- und Beitragslasten, die auf Unternehmern wie auf Arbeitnehmern lasten, schon unmäßig schwer. Dazu kommt für den Staat die Sorge vor der heute gar nicht voraus zu berechnenden Gestaltung der Geschäftslage und damit des Arbeitsmarkts.

Aber die Dinge liegen heute so: ganz gleich, wie die Wirtschaftslage sich auch gestalten wird, ganz gleich, wie stark die geldliche Finanznotlage der einzelnen Staatsbürger schon heute auch ist, auf alle Fälle muß die Allg. meinhalt den schuldlos ohne Arbeitsmöglichkeit dastehenden Volksgenossen das Nötigste für den Lebensunterhalt gewähren. Das ist bisher schon geschehen und geschieht auch künftig unter allen Umständen. Aber es soll fortan in einer günstigeren Form geschehen; in einer Form, die zunächst die Reichsfinanzen entlastet und damit auch dem einzelnen Staatsbürger zugute kommt; denn jeder einzelne hat daran ein Interesse, daß die Steuerschraube nicht weiter angezogen werden und daß unser Papiergeld nicht weiter vermehrt und dadurch entwertet werden muß.

Voraussetzung ist bei alledem, daß das endgültige Gesetz den vernünftigerweise an es zu stellenden Erwartungen entsprechen wird. Für die im voraus zu erhebenden Vorklage, also für eine Zwischenregelung, bis das eigentliche Versicherungsgegesetz in Kraft getreten sein wird, erwartet die Regierung, wie sie mitteilen läßt, Anträge aus der Mitte des Reichstags heraus.

Württemberg.

Stuttgart, 8. Dez. (Beerdigung.) Die Witwe des Grafen Ferdinand von Zeppelin ist am Donnerstag nachmittag auf dem Friedhof bei der Seite ihres Gatten beigesetzt worden. Bei dem Trauergottesdienst in der Friedhofkapelle hielt Prälat Dr. Hoffmann die Trauerrede. An der schlichten Feier nahmen viele Mitglieder des Offizierskorps und des Adels, zahlreiche Vertreter der Bürgerschaft und Oberbürgermeister Lautenschlager teil.

Stuttgart, 8. Jan. (Der Milchpreis.) Eine Versammlung von Milchproduzenten hat einstimmig eine Entschärfung gefordert, worin die Gewährung des Milchpreises von 250 Mark durch den Städtetag als vollständig unbedeutend und unzureichend bezeichnet wird. Eine Bevorzugung der oberwürttembergischen Milchlieferanten durch Gewährung von Sonderzulagen hielt die Versammlung nicht für gerechtfertigt und verlangte Gleichstellung. Wenn ab 1. Februar der Milchpreis nicht den tatsächlichen Herstellungskosten angepaßt wird, nehmen die Milchproduzenten die Verantwortung für eine weitere geregelte Milchlieferung an die Städte ab. — Die Geschäftsstelle der Milchproduzenten-Vereinigung hat laut „Schwäb. Tag.-zeitung“ nachträglich erfahren, daß eine Neuregelung des Milchpreises ab 1. Februar durch die Städte geplant ist.

Cannstatt, 8. Jan. (Die explodierende Pfeife.) Ein hiesiger älterer Mann benützte seit mehreren Jahren bereits die Zündkapsel einer Handgranate — bekanntlich ein kleines kupfernes Röhrchen — als Pfeifenschlüssel, ohne zu wissen, daß die Kapsel nicht entladen war. Durch irgendeinen Zufall kam nun der Zündsatz zur Explosion, wobei dem Mann die linke Hand schwer verletzt wurde.

Die Wirtin „3. goldenen Lamm“.

Kriminalroman von Otto Höcker.

40.

(Nachdruck verboten.)

Es dämmerte schon, als es den unausgesehenen Bemühungen des Arztes endlich gelungen war, ihn so weit zu sich zu bringen, daß er auf dem Bett lag und aus verschwommenen Augen blicke die Anwesenden anstarrte. Aber selbst des rasch dahinschwindenden Tages ungewisses Zwittertlicht schien ihm noch wehe zu tun, denn immer wieder machte er Aufstalten, die Augen zu schließen und aufs Bett zurückzusinken. Die an ihn gerichteten Fragen schien er kaum zu hören, geschweige deren Sinn erfassen zu können. Er schüttelte nur immer von neuem mit dem Kopfe und heischte unter derben Flächen, unbehelligt gelassen zu werden.

Auffällig war das Benehmen der Tochter. Immer drängte diese sich zu ihres Vaters Seite, sie schien begierig auf eine Gelegenheit zu warten, ihm ein warnendes Wort oder dergleichen zuzuflüstern zu können. Es bedurfte der ganzen Autorität des Amtsrates, sie zurückzuhalten, und erst als dieser ihr unerblickt androhte, sie aus dem Zimmer zu weisen, hielt er sie von der Lagerstatt zurück. Aber er konnte sie an dem Gebrauch ihrer Stimme nicht hindern.

„Nein, ich will nicht still sein,“ rief sie. „Mein Vater weiß gar nichts davon, was ich in der Tasche hatte, ich sagte Ihnen doch schon, ich habe dem Bindewald seine Uhr und das Geld unten im Hofe gefunden — heut' morgen, wo ich Milch holte.“

Nun drängte Martini die Schreiende freilich gewaltsam aus dem Zimmer; aber es war zu spät; wenn sie ihren Vater zu warnen beabsichtigte, so war ihr dies zweifellos gelungen. Der Postbote verharrete zwar in seinem stumpfsinnigen Hindrüten, aber er stellte sich noch halbschamiger als zuvor an, es war nun erst recht keine Antwort aus ihm herauszubekommen.

„Na, da haben wir ja die Pastete,“ knurrte der Kreisarzt verdrießlich, indem er fortfuhr, kalte Umschläge auf die Stirn des Alten zu legen. „Amtsrat, ich begreife Sie nicht, ein Kind muß doch den Braten riechen. Sie hätten den Burschen gleich einsperren sollen — da hören Sie nur, wie das Frauenzimmer nebenan brüllt,“ unterbrach er sich. „Sie schreit dem lieben Papa ja die ganze Marschrichtung vor, das ist rein zum Auswachsen!“

Die Geduld des Amtsrates war erschöpft. Auch ihm erschien das Gebaren der Unbändigen mehr als verächtlich. Er stellte sich dicht vor Mehlig auf. „Hören Sie, Mann, Sie kennen mich, nicht wahr?“ fragte er erzürnt. „Ja, ganz richtig, ich bin der Amtsrat Martini, und ich erkläre Ihnen, daß ich Sie sofort verhaften werde, lassen Sie nicht sofort jedes faule Spiel beiseite.“

„Herr Amtsrat, ich bin ein ehrlicher Mann,“ lallte Mehlig, das aufgedunsene Gesicht weinerlich verziehend, ich weiß von nichts, rein gar nichts.“

„Was wissen Sie nicht? Heraus mit der Sprache!“

Mehlig starrte ihn nur mißtrauisch blinzelnd an.

„Ich bin ein ehrlicher Mann,“ beteuerte er wiederum.

„Wir wollen das dahingestellt sein lassen. Jedenfalls haben Sie dem Vorknecht in das Zimmer unten heute morgen um fünf einen unbefugten Besuch abgestattet, ja, verwundern Sie sich nur! Da hilft kein Protest, Mann, wir haben's schon heraus. Sie haben zwei Flaschen vom besten Cognac geholt, der Herr Kreisarzt hat die Reste in den Flaschen schon untersucht.“

Der Postbote starrte ihn unverständlich an und verzog seine Lippen zu einem unverständlichen Gemurmel.

„Durst haben Sie gehabt?“ fragte Martini, der eifrig seine Worte aufsting, „das ist doch keine Entschuldigung. Aber das ist schließlich Frau Bindewalds Sache — jetzt hören Sie einmal zu und strengen Sie sich an.“

Sie sind gar nicht so benommen, wie Sie mich glauben machen wollen.“

„Herr Amtsrat, ich bin ein ehrlicher Mann, fragen Sie nur den — den Herrn Bindewald,“ wimmerte der Unglücksbursche wieder.

„Sie wissen ganz gut, daß der arme Bindewald tot ist, verstellen Sie sich nur nicht, seine Leiche ist bereits gefunden.“

Wieder ein blödes Augenblinzeln, ein unverständliches Lallen. Der Mann schwankte auf dem Betttrand hin und her, aber es wäre schwer zu sagen gewesen, ob dies aus einem Gefühl plötzlichen Schreckens heraus oder nur bedingt durch seine hinsinkende Körperverfassung geschehen war. Er schüttelte eine Weile pagodenhast mit dem Kopfe und beteuerte weinerlich wieder, von nichts zu wissen. . .

Es blieb fruchtlos, daß der Amtsrat nun auf Umwegen auf den von Sanna Mehlig angeblich gemachten Fund zu sprechen kam; war der Postbote entweder durch das Gezeiter seiner Tochter gewarnt oder wußte er wirklich nichts, er fuhr fort, immer wieder dieses letzte zu beteuern und zu versichern, er sei ein grundehrlicher Mann.

„Wann ist Bindewald heute nacht nach Hause gekommen?“ fragte der Kreisarzt plötzlich dazwischen. Mehlig lachte. „Wann?“ lallte er mit schwerer Zunge, „ja, wann war's doch gleich?“

„Besinnen Sie sich nur,“ schmiedete der andere das Eisen unentwegt weiter. „Es war so um Mitternacht herum, nicht wahr?“

Nun schien in Mehlig der tiefere Sinn der Frage aufzudämmern; er hob den Kopf ein wenig. „Ja, ist er denn nach Hause gekommen, der Herr?“ Er vermied es, während der Frage einen der Männer anzusehen.

„Sie gaben es doch eben erst zu,“ drängte ihn nun auch der Amtsrat. „Man hat Bindewald ins Haus gehen sehen . . . na und —“ (Fortsetzung folgt.)

Zeonberg, 8. Jan. (Weißwechsell.) Das fehere Epohre'sche Anwesen, die abgebrannte Asten abist, hat der „Kommune Tag“ A. G. erworben. Es soll darin eine Pappfabrik eingerichtet werden.

Wöblingen, 8. Jan. (Weidmannsheil.) Bei einer Teichjagd im Schönleber Bezirk wurde eine Wild- u. erlegt. Der glückliche Schütze ist ein Stuttgarter Jagdbreitant.

Ein von Döfingen nach Amerika ausgewandeter Bürgerjohn hat der Kirchengemeinde 4000 Mark zur Anschaffung einer neuen Glocke geschenkt.

Urach, 8. Jan. (Ueberfälle.) Als Hirschwirt Rau von U. die H. ten aus der Oberamtsstadt heim. ehnte, wurde er von einem Unbekannten überfallen und durch einen Schlag ins Gesicht betäubt. Doch konnte er sich des Angreifers schließlich erwehren. An der gleichen Stelle wurde später ein Mann aus Württemberg auf ähnliche Weise angefallen und geschlagen. Die Täter sind noch nicht gefunden.

Hohdorf, 8. Jan. (Spende.) Bischof Dr. v. Kessler hat der hiesigen Kirchengemeinde zu Weihnachtsparamenten im Wert von 10000 Mk. geschenkt.

Schramberg, 8. Jan. (Fabrikdiebstahl.) Die bei der Uhrenfabrik G. br. Junghans im Magazin tätigen Betty Klein, sowie ihr Verlobter Josef Frei, Magazinarbeiter in der Fabrik, wurden in Stuttgart festgenommen, als sie im Begriff waren, Silber im Wert von 15000 Mark in einem Silbergeschäft zu verkaufen. Bei einer Wohnungsdurchsuchung bei der A. in wurden noch versch. dene andere gestohlene Gegenstände vorgefunden.

Lautebach, 8. Jan. (Entgleisung.) Seit 2. ds. Mis. ist der 26jährige Schultheißenamtssekretär Franz Rich von Saugan, der seit einem halben Jahr hier in Stellung war, k. Er wird, laut „Schramberger Zeitung“ wegen Unterschlagung amtlicher Gelder und wegen Diebstahls von 300 Mark, die er dem Ortsvorstand entwendete, sowie wegen Wirtshauschulden verurteilt.

Vom Allgäu, 8. Jan. (Großfeuer.) Der Stadel der Hegerlei Holzmannsdorf ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Der Schaden wird auf 1/2 Millionen geschätzt.

Landesversammlung der Deutschdemokratischen Partei Württembergs.

Stuttgart, 6. Jan.

Unter außerordentlich starker Beteiligung fand am heutigen Dreikönigstag im Festsaal der Liederhalle die gewohnte Landesversammlung der Deutschdemokratischen Partei Württembergs statt. Der Landesvorsitzende, Abg. Brudmann, begrüßte die städtische Versammlung. Die Führer der württ. Demokratie, Staatspräsident Dr. Dieber, Bielefeldler a. D. v. Bayer, Minister a. D. Dr. Schall waren anwesend. Die Abgg. Konrad Haußmann und Scheff, Finanzminister Liesching, Frau Abg. Vöbers waren wegen Grippeerkrankung am Erscheinen verhindert, auch der badische Staatspräsident Dr. Hummel hatte wegen anderweitiger Verpflichtungen den vorgesehene Vortrag ablegen müssen. Es hielt nur eine kurze Ansprache. Anspielend auf das Zusammenarbeiten Badens und Württembergs, sagte er, Württemberg sei eine Hochburg der deutschen Demokratie. Als kleine Mittelpartei müsse sie den demokratischen Einheitsring in Europa bilden.

Der Reichsparteivoritzende Senator Dr. Petersen-Hamburg sprach über die deutsche Republik und ihre Widersacher. Es sei bezeichnend, daß man nach drei Jahren deutscher Republik bereits von einer Gefahr für ihren Bestand sprechen müsse. Die Revolution sei gekommen trotz Moral in allen Kreisen und trotz sozialer fortschrittlicher Gesetze. Die letzten drei Jahren hätten bewiesen, daß die D.D. die Idee geliebert habe zum Wiederaufbau des Vaterlands. Selbst die Deutsche Volkspartei sehe sich jetzt für eine Politik der Mitte ein mit der Sozialdemokratie zusammen. Wenn der Friedensvertrag von Versailles abgeändert werde, dann seien die Männer im Recht, die ihn seinerzeit unterschrieben haben. Es müsse alles getan werden, um für den Staat und seine demokratischen Grundlagen Eroberungen zu machen. Die Rückkehr zur Demokratie würde leichter denkbar sein, wenn wir zuvor die Einheitsmonarchie gehabt hätten. Die früheren 22 deutschen Dynastien könnten nicht wieder auflieben. Es würde sehr schwierig sein, sich auf eine Herrscherfamilie zu einigen. Um die Monarchisten für die Demokratie zu gewinnen, müsse die Demokratie als das gesteigerte soziale Gefühl für Pflicht erscheinen. Die Fragen der Politik haben nur Regierung und Volkvertretung zu entscheiden. Das müsse gegenüber der Sozialdemokratie, die auf ihrem engherzigen Klassenstandpunkt verharret, gesagt werden. Das deutsche Volk lasse sich keinerlei Klassenherrschaft gefallen. Parlamentarische Demokratie allenfalls oder Vertragen der Demokratie. Die Parteien dürfen ihre Minister nicht im Stich lassen. Die Parteimaschinerie müsse auf das Parlament eingestellt sein. Moralische Eroberungen müssen die Republik festigen, denn sie könne nur durch eine Politik der Mitte getragen werden. Es wäre ein Unglück, wenn im Reich das nachgemacht würde, was in Thüringen, Sachsen und Berlin vorgemacht wird. Nicht das sozialistische Kulturideal, sondern das liberale schaffe Persönlichkeiten. Das deutsche Volk werde nur eine Zukunft haben in der Form der demokratischen Republik.

Gesandter a. D. Dr. Kessler-Berlin hielt seiner Vortrag über Deutschlands internationale Lage: In Cannes werde über uns eine Entscheidung getroffen. Das äußerste, was wir hoffen können, sei, daß man dem kranken Europa einige Einwirkungen zugehen werde. Der Widerstand der gegenwärtigen Regierung der Entschädigungsfrage sei überall erkannt. Die deutschen Schuldverschreibungen, die wir an Frankreich geben mußten, bezieht niemand in der ganzen Finanzwelt, weil sie eine erzwungene Unterschrift tragen. Die wirtschaftliche Seite der Frage wird durch die Arbeitslosigkeit in der Welt beeinflusst. Deutschland kann nicht kaufen, es verkauft zu billig. Je mehr wir zahlen, desto mehr Arbeitslose wird es draußen geben. Die öfent-

liche Meinung Frankreichs steht in dem Widerspruch der Lage nur eine Teilerei der Deutschen. So wird auch in Cannes der politische Hintergrund wichtiger sein als die wirtschaftliche Vernunft. Die Entschädigungsfrage ist für Frankreich in erster Linie eine politische Frage, ein Mittel zu politischen Zwecken oder noch Clemenceaus Wort die Fortsetzung des Kriegs mit den Mitteln des Friedens. Frankreich will unsern Ruin und die Herrschaft über ein verödetes Europa. Darum rühet es auf allen Gebieten. Für das heutige England ist die Entschädigungsfrage eine wirtschaftliche Frage, aber dieser Gegensatz zwischen England und Frankreich wird auf unserm Rücken ausgefochten. Sowjetrußland behält seine antienglische Politik bei und hat sich mit der Türkei und Angora verbündet. Dadurch ist eine wichtige Frage im Osten entstanden, denn die transsibirische Politik hat sich Rußland gegenüber gewandt. Rußland hofft auf eine Hypothek für die Zukunft und rühet daran die verwundbarste Stelle der britischen Weltstellung. Auch in Washington ist man bei der Frage der Abstandsbeschränkungen auf ein halbsatartars Fortwärtig gestiegen. Man wird die Sorge nicht los, daß die deutsche Frage zurückgestellt und als Tau, zwischen Frankreich und England behandelt wird. Es wird uns wohl einige Erleichterungen zugestehen, dafür neue Bedingungen auferlegen, um unsere Anstrengungen unterzubringen. Man wird darüber schwören, daß die Franzosen noch widerrechtlich im Mittel- und Ost- und daß sie im deutschen Oberstleuten sich dauernd niederlassen wollen. Es naht der Tag, an dem wir wieder zu außenpolitischem Leben erwachen. Deshalb muß in unserem auswärtigen Dienst und in der auswärtigen Politik Ordnung geschaffen werden. Die auswärtige Politik darf nicht mit parteilichen Erwägungen durchsetzt sein.

Abg. Brudmann stellte fest, daß der Parteivoritz, den die beiden Redner ernannt, beweise, daß die Versammlung mit ihnen übereinstimme. Er schloß darauf mit einem Hoch auf das Vaterland den Tag.

Baden.

Karlsruhe, 8. Jan. Am 9. Januar wird vor dem Schwurgericht hier die Strafsache gegen den städtischen Marktmeister J. Scheller in Pforzheim wegen erschwerter Amtsunterschlagung verhandelt. Ueber 100 Zeug n sind gefah n.

Der Tagelöhner Johannes Lang aus M. bach, der in Karlsruhe zwei 17jährige Burschen zum Eintritt in die Fremdenlegion verleiten wollte, wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Heidelberg, 8. Jan. Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen den Hauptmann a. D. Erich Damm in Heidelberg, gegen den Eisenbahnersekretär August Honikel in Oberbunten und gegen den Max Frhr. von Lautphoens in Heidelberg wegen Weheimbündel, Waffenversteigerung usw. eingestellt.

Heidelberg, 8. Jan. Der Prozeß gegen den Bürgermeistermörder Siefert wird bestimmt am 16. Januar vor dem hiesigen Schwurgericht seinen Anfang nehmen.

Mannheim, 8. Jan. In einer auf dem Miteinigungsamt abgeschlossenen Preiskonferenz wurde mitgeteilt, daß mit Wirkung vom 1. April ds. Js. an ein Zuschlag von 120 Prozent auf die Friedensmieten erhoben werden soll. In diesem Betrag sind die Nebenkosten für die Unterhaltung der Wohnungen, des Hauses usw. mitinbegriffen.

In der Frage der Erweiterung des Straßburger Hafens hat jetzt jenes Projekt Aussicht auf Verwirklichung, das die Anlage eines Südhafens unter Umgehung der Keßler Rh. inbrüche sucht.

Karlsruhe, 8. Jan. Das Büro der Kriminalpolizei wurde mittels Nachschlüssels geöffnet und eine neue Schreibmaschine im Wert von 4000 Mark gestohlen. Der Täter wurde auf dem Hauptbahnhof in der Person des vorbeifahrenden Tagelöhners Hans Diebold verhaftet.

Offenburg, 7. Jan. Bei der Vergebung von Arbeiten für eine Heizungsanlage hatte der Fabrikant Hepp hier dem Stadtrat vorgeworfen, er habe sich von anderer Seite bestechen lassen, um die Arbeiten einem anderen Fabrikanten zu sichern. Die hierauf vom Stadtrat erhobene Klage war von der hiesigen Strafkammer abgewiesen worden. Auf die Berufung der hiesigen Staatsanwaltschaft befaßte sich das Oberlandesgericht Karlsruhe mit der Klage, wies sie aber ebenfalls zurück mit der Begründung, der Beklagte habe für ein ihn selbst nahe angehörendes Interesse gekämpft.

Was der Januar bringt.

Die Vorschriften des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 treten mit dem 1. Januar 1922 in Kraft, soweit sie nicht schon gemäß Artikel IV Satz 1 dieses Gesetzes in Kraft sind. Die Nov. zum Einkommensteuergesetz betreffend die Neufestsetzung der Einkommensteuer erhält am 1. Januar ab ebenfalls Gesetzeskraft. Die neue Umsatzsteuer-Novelle tritt am 1. Januar in Wirksamkeit. Die nach den Steuergeetzen an zu entrichten Pacht-, Miet- usw. Verzeichnisse sind bis zum 31. Januar den zuständigen Steuerstellen zur Besteuerung vorzulegen. Die Krankenversicherungsgrenze für Angestellte, Handlungsgehilfen usw. wird mit dem 1. Januar auf 40000 Mark erhöht. Die 5. Gewinverlosung der Deutschen Sparprämienanstalt fand am 2. Januar in Berlin statt. Die gewöhnliche Erhöhung der Post-, Tel. graphen- und Fernsprechtarifen treten am 1. Januar ein. Mit dem Beginn des neuen Jahres erfolgt die einheitliche Regelung der Bestimmungen für den Reichspostverkehr, bisher für die Postgebiete Bayerns, Württembergs und des übrigen Reichs noch verschieden waren. Die neuen W. B. V. Beiträge erlangen am 1. Januar Wirksamkeit. Mit dem gleichen Tag werden Postausweisarten mit 3 t. i. g. i. g. r. Dauer ausgeben, die nicht nur im Inland, sondern auch für die meisten Auslandsstaaten Gültigkeit haben. Mit dem 1. Jan. nahmen die neuen Schlafwagen 3. Klasse den Betrieb auf. Mit Beginn des neuen Jahres treten das Gesetz über die

verpflichtete Kindererziehung vom 15. 7. 21 und die Schulpflichtordnung für die Prüfung von Bildstreifen in Wirksamkeit.

Vermischtes.

Mißglückter Bergungsversuch. Nach Meldungen aus Innsbruck mußten die Arbeiten zur Bergung des in den Ostaler Alpen von der Lawine verschütteten Prof. Schork aus Pforzheim wegen Schneesturms und Lawinengefahr aufgegeben werden. Fünf Mann der Rettungsabteilung gerieten selbst in eine Lawine, konnten sich aber retten. Einer von ihnen, ein Reichsdeutscher, erlitt einen Knochenbruch.

Eisenbahnunfall. Am 4. Januar hielt ein von Brötzingen nach Pforzheim fahrender Güterzug, der aus nahezu 100 Wägen bestand, plötzlich, wodurch die Lokomotive und die nächsten 8 Wägen aus dem Gleis gehoben wurden. Durch den Druck schoben sich die meisten der nachfolgenden Wägen ineinander. Die Unfallstelle bot einen wirren Haufen von Wägen, Balken und Brettern. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Die Entschädigung erlitten durch die gesperrten Geleise erhebliche Verspätungen. Die Ursache ist noch nicht festgestellt. Der Schaden beträgt mehrere hunderttausend Mark.

Zusammenstoß. In der Nähe von Herrnsbach stieß ein auf einer Probefahrt befindliches Lastauto der Benzwerke Gaggenau mit einem Zug der Albtalbahn zusammen. Durch den Zusammenstoß wurden das Lastauto und der Motorwagen der Albtalbahn beschädigt und die Insassen des Autos verletzt.

Der Millionengewinn. Nach dem „N. Z.“ ist der eine Million betragende Hauptgewinn aus der Deutschen Sparprämien-Anleihe einem Stuttgarter zugefallen.

Das Pfandhaus in Vahrenth soll geschlossen werden, weil der Verkehr so gering ist und niemand mehr etwas zu versehen hat.

Durch elektrischen Strom getötet. In Neustetting (Oberbayern) stürzte während eines Sturms ein Leitungsmast um. Zwei Pferde im Wert von 90000 Mk. wurden dabei von dem Hochspannungsdraht getötet.

Sehr deutlich! Der Bürgermeister Kimmle mahnt im Illertissener „Aller- und Gänzboden“ die Bürger seines Orts zur Teilnahme an einem Haushaltungs- und Kochkurs. Er schließt seine Aufforderung mit folgenden Worten: „Ich sage Euch, ich werde als Stabsbeamter jedes Mädchen als ehunfähig zurückweisen, von dem ich weiß, daß es nicht kochen kann. Wir bekommen dann weniger Ehegebunden und dafür glücklichere und zufriedenerer Ehemänner.“

Verhaftete Mörder. In Bern wurde am 22. Dezember der 20jährige Modellkünstler Otto Niederhäuser verhaftet, der gesandt, in Gemeinschaft mit dem 26jährigen Schlosser Rudolf Moritz Burr einen Raubmord in Hofen verübt zu haben. Es ist nun gelungen, den Burr in Billingen zu verhaften.

Die freiverdenden Schriftsteller. Mit dem Ende des Jahres 1921 erlosch das Verlegerverrecht für die Schriftsteller, die im Lauf des Jahres 1891 gestorben sind. Die wichtigsten von ihnen sind: Moltke, dessen militärische Schriften freilich nur für den Fachmann Interesse haben, dessen Reisebeschreibungen und Familienbriefe aber im großen Publikum weithin gelesen zu werden verdienen. Dann Ferdinand Gregorovius, dessen Wanderjahre in Italien, Lucrezia, Vorgia und die antike Künstlergeschichte Euphorion am bekanntesten geworden sind. Auch Paul de Lagarde und Johannes Janssen, der lat. Geschichtsschreiber werden jetzt „frei“. Und endlich der Sänger der Amaranth und des Lieds vom Deutschen Reich, Oskar v. Redwitz, einst ein gefeierter Dichter.

Eine neue Krankheit ist aufgetaucht. Sie hängt zusammen mit dem kalten Winterwetter, mit der Unvernunft der Mode und noch einigen Dingen. Es treten nämlich neuerdings bei Frauen und Mädchen Erkrankungen ganz bedenklicher Art auf, nicht nur Rötung und Blasenbildung, sondern schwere Erfrierungen mit tiefgreifenden Wunden und Absterben ganzer Hautpartien. Auch früher schon hat es alljährlich solche Erfrierungen gegeben, vor allem an den Füßen, seit die Menschen in hervorragender Weise es fertig gebracht haben, durch zu enge Schuhwerk den Blutumlauf in der Haut der Füße möglichst zu unterdrücken. Wer sich einmal die Füße erfroren hat, der vermeidet weiterhin gern zu enge Schuhe; aber dann ist es nicht mehr so einfach, völlige Schmerz- und Beschwerdefreiheit Wiederherstellung des erkrankten Gewebes zu erzielen. Außer zu engen Schuhen treffen aber in diesem Jahr drei Dinge zusammen, die bisher in dieser umfassenden Art sich noch nicht vereinigt hatten: kurze Röcke, dünne Strümpfe und große Kälte. Die Folge ist das Auftreten von Erfrierungen der geschilderten bedenklichen und langsam heilenden Art in der Gegend oberhalb der Schuhe, oberhalb der Knöchel und am unteren Teil der Wade. Es handelt sich hier um Krankheitsbilder, wie man sie früher nicht oder nur in Ausnahmefällen zu Gesicht bekommen hat. Der Heidenmut vieler Frauen in bezug auf das Ertragen von Schmerzen — der Mode halber, ist erstaunlich groß. Eine Frau, die man angesichts der Kälte fragt, ob sie mit den dünnen, nicht durch einen Rock geschützten Strümpfen nicht friere, wird ernsthaft und — überzeugt antworten, es sei ihr sogar sehr warm. Und wenn eine der geschilderten Erfrierungen eingetreten ist, dann wird sie allen möglichen unglücklichen Zusammentreffen die Schuld geben, nur nicht ihren dünnen Strümpfen und dem kurzen Rock.

Wie man in Rußland die Todesstrafe abgeschafft hat. Bekanntlich hat der Bolschewismus in Rußland die Todesstrafe aufgehoben. An ihre Stelle ist ein anderer Begriff getreten: „Beseitigung auf dem Wege proletarischer Diktatur“, das heißt ohne Richter, ohne Staatsanwalt, ohne offizielle Verurteilung werden die „Feinde des Proletariats“ im Geheimen beseitigt. Dieses Schicksal haben laut amtlicher Listen der Sowjetregierung seit 7. November 1917, wie „Der Deutsche“ berichtet, erfahren: 28 Bischöfe, 1215 Geistliche, 6775 Professore und Lehrer, 8800 Ärzte und Assistenten, 45650 Offiziere, 10500 Gendarmen und Polizeioffiziere, 260000 Soldaten, 48500 Gendarmen und Schutze, 12950 Gutsbesitzer, 355250 Angehörige der Intelligenz, 192350 Arbeiter und 315000 Bauern, zusammen also über 1 1/2 Millionen Personen.

135 480 Mark für eine Vereife. Ueber die Steigerung der Fahrpreise nach dem Ausland hat das Statistische Reichsamt eine sehrreiche Aufstellung gemacht. Von Hamburg nach NeuYork kostete es 1914 in den vier Klassen 160, 180, 220 und 350 Mark. Im August 1921 waren die Preise auf 10 117, 10 960, 12 647, 18 548 Mark gestiegen. Bis zum November stiegen sie weiter auf das Doppelte bis Dreifache, auf 26 902, 34 220, 39 485, 57 911 Mark. Verhältnismäßig billig fährt man nach Südamerika. Nach Buenos Aires kostete es in den drei Klassen 140, 480, 650 Mk., im August 1921 5000, 18 000 und 22 000 Mk., im November dagegen 15 632, 48 981 und 72 950 Mk. Von Hamburg nach Kapstadt konnte man eine Reise für 250, 500 und 750 Mark machen. Im November 1921 mußte man dafür 26 054, 48 981, 64 718 Mk. anlegen, von Triest nach Bombay gar 66 698 und 77 119 Mk., nach Hongkong 41 686 und 109 726 Mk. Von Bremen nach Yokohama kostet es nicht weniger als 102 131 und 135 480 Mk. Von Stettin nach Kopenhagen konnte man einst für 10 Mk. fahren, jetzt beträgt der Mindestpreis 485 Mk. Man kann aber auch 728 und 1213 Mk. dafür anlegen.

Die Einwohnerzahlen der Länder Europas. Die vom Statistischen Reichsamt herausgegebene Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ (Verlag Hoesling, Berlin S.-W.) stellt graphisch die Einwohnerzahl der europäischen Länder sehr anschaulich dar. Rußland steht an erster Stelle mit 101 Millionen Menschen. Ihm folgt als nach der Zahl der Einwohner zweitgrößtes Land in Europa das Deutsche Reich mit 62 Millionen (nach Wertzung Oberschlesiens mit 331 516 Hektar und 980 000 Einwohnern). An dritter Stelle steht Großbritannien und Irland (47,3), dem sich Italien (39,5), dann Frankreich (39,2) und Polen (29) anreihen. Diese 6 Staaten haben zusammen 318 Millionen Einwohner und machen fast 70 v. H. der gesamten europäischen Bevölkerung aus. Eine weitere Gruppe bilden nach der Zahl ihrer Einwohner zwischen 10 und 20 Millionen die Staaten Spanien, Rumänien, Jugoslawien (14,5) und die Tschechoslowakei (13,6).

Das meistgelesene Buch. Die Redaktion des literarischen Jahrbuchs „Die Geste“ hat bei einer großen Zahl von Stöblichereien und Beschaffen eine Umfrage nach dem meistgelesenen Buch aus der schönen Literatur in der Zeit vom Oktober 1920 bis Juli 1921 veranstaltet. Als die meistverlangten Werke erwiesen sich: Die Heilige und ihr Narr von Agnes Günther, Das zweite Gesicht von Hermann Löns, Die Ruben der Frau Optenberg von Rudolf Herzog, Der König von Karl Mosner (dann dem aktuellen Stoff) und — Soll und Haben von Gustav Freytag. Für die unabweisliche Beliebtheit des Freytagschen Romans spricht auch die Tatsache, daß er alljährlich in neuer Auflage erscheint. Als meistgelesene Autoren werden genannt: Herzog, Ganghofer, Beer, Straß, Jahn usw. Gewisse vielgelesene Sensationsautoren fehlen in der Aufzeichnung, was aber leider nicht für den Schmach des Publikums, sondern nur für die Leistung der Bäckereien spricht, die derartige „Literatur“ nicht halten und empfehlen.

Großes Lawinenunglück. Aus Innsbruck ist heute nachmittag die Nachricht eingetroffen: Am 4. Januar hat sich im Pustal auf dem Madlochjoch ein schweres Lawinenunglück ereignet. Von 9 Skifahrern geriet bei der Abfahrt Studienrat Dr. A. Luz aus Ebirgen unter ein Schneebrett und konnte nicht mehr gerettet werden. Fünf weitere Skifahrer wurden durch eine niedergehende Lawine verschüttet. Vier konnten geborgen werden, während der Fabrikant Sommer aus Ravensburg den Tod fand. Eine aufgebrochene Rettungsexpedition konnte keine Spur mehr finden, da bereits eine neue Lawine niedergegangen war. Beim Aufstieg zur Unglücksstelle am anderen Tag wurden drei der am vorigen Tag geretteten Skifahrer von einer Staublawine erfasst, wobei nur einer sich aus der Schneemasse herausarbeiten konnte. Die beiden anderen, Assessor Dähle aus Ravensburg und Architekt Vogel aus Friedrichshafen konnten bis jetzt nicht geborgen werden. In derselben Gegend hat sich wahrscheinlich noch ein weiteres Lawinenunglück zugetragen, denn seit dem 30. Dezember fehlt von den Brüdern Rudolf und Hermann Hürle aus Ravensburg jede Spur.

Unbekannt gelebt und gestorben. Im Krankenhaus zu Lohr a. M. ist ein etwa 70jähriger Mann gestorben, der nicht wußte wo und wann er geboren war und wie er hieß.

Die Papierkronen im Korb. Der „Niesbacher Ansetzer“ brinat folgende Meldung aus Eben am Achen-

See: Hier verläuft ein Haust zwei jetzt gezugene Pferde für eine Million Kronen. Da die Taschen sich zur Aufnahme des Gelds als zu klein erwiesen, kaufte sich der Bauer in Jenbach einen Korb, in dem er seinen papierernen Schatz heimtrug.

Schmugglerfreibeit. Im badischen Grenzgebiet wurden Schmuggler abgefaßt, die im Abortabteil eines Eisenbahnwagens kunstgerecht einen Apparat eingebaut und mit der gewöhnlichen Farbe des Wagenninneren angestrichen hatten, hinter dem jedesmal die für das Saargebiet bestimmten Waren versteckt wurden. Nur durch Verrat kam der Kniff an den Tag.

Kostspielige Bente. Die Neuenport-Schiffbau-Gesellschaft in NeuYork hat der amerikanischen Regierung ein Angebot zwecks Wiederinstandsetzung des Riesendampfers „Leviathan“, des früheren deutschen Dampfers „Vaterland“, gemacht. Die Gesellschaft erbietet sich, für den Preis von 5 595 000 Dollars das Schiff seiner gesamten deutschen Ausrüstung zu entkleiden und es in einen Dampfer mit Dampferumwandlung umzuwandeln.

Lokales.

— Weitere Erhöhung der Entschädigungen für Schöffen und Geschworene. Dem Reichsjustizministerium sind in letzter Zeit vielfach Klagen zugegangen, daß die gewährten Entschädigungen von 50 Mk. pro Tag und Nacht n. entlich an Geschworene bei längerer Tagesdauer für die Betroffenen eine schwere finanzielle Schädigung bedeuten, da z. B. für 20 Mk. kein Hotelzimmer zu erhalten ist. Das Ministerium hat die Klagen als berechtigt anerkannt und will die Entschädigungen auf 75 Mark erhöhen.

— Die neuen Briefmarken. Da die Verkehrsanstalten erst die älteren Bestände an Postmarken aufzubrauchen hatten, geht der Druck der neuen 2-, 3- und 4-Mark Marken nur langsam vor sich. Leider sind diese Marken auch nicht viel schöner als die bisherigen, die allesamt mit den ausländischen keinen Vergleich aushalten. Die neuen Marken werden zweifarbig. In die vier Ecken ist die Zahl 2 bzw. 3 und 4 eingedruckt. Der Unterdruck der Zweimarkmarke wird rosa der Ueberdruck lila. Bei der Dreimarkmarke wechselt gelb mit hellrot, bei der Viermarkmarke hellgrün mit dunkelgrün. Einwickeln wird das Publikum durch unständliches Zusammenleben der Briefmarken beängstigt, da die neue Postvermehrung ganz überflüssig kam. Noch vor wenigen Monaten hatte die Postverwaltung dringend empfohlen, nur mit einer Marke zu frankieren und von der Verwendung mehrerer kleiner Markenwerte Abstand zu nehmen, um Papier und den Postbeamten Zeit zu sparen. Jetzt müssen so viele Marken aufgeklebt werden, daß für die Anschrift auf den Postkarten kaum Raum übrig bleibt.

— Die neuen Münzen. Mit der Prägung des neuen Metallgelds in Stücken von 1, 2 und 5 Mark Kennwert soll nach einer halbamtlichen Nachricht im Frühjahr begonnen werden.

— Verjährung der Strafvollstreckung. Durch im neuen Reich und unter den sonst so vielfach veränderten Rechtsverhältnissen hat sich, was viele nicht zu wissen scheinen, an den Fristen für die Verjährung der Strafvollstreckung nichts geändert. Die Strafvollstreckung von Verbrechen verjährt, wenn sie mit dem Tod oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht sind, in 20 Jahren; wenn sie im Höchstbetrag mit einer Freiheitsstrafe von einer länger als 10jährigen Dauer bedroht sind, in 10 Jahren. Von Verbrechen zu unterscheiden sind die Vergehen. Diese verjähren, wenn sie im Höchstbetrag mit einer längeren als dreimonatigen Gefängnisstrafe bedroht sind, in fünf, sonst in drei Jahren.

— Eigener Hausstand im möblierten Zimmer. Ein eigener Hausstand kann auch in möblierten Zimmern geführt werden. Diesen Bescheid hat der Reichsarbeitsminister dem preussischen Minister für Volkswohlfahrt erteilt. Die Frage, ob jemand einen Hausstand führt, sei in erster Linie eine wirtschaftliche Frage und nach den Anschauungen des täglichen Lebens zu beantworten. Wenn auch das Vorhandensein eines Hausstandes mit dem Besitz einer eigenen Wohnungseinrichtung verbunden sein wird, so sei der Besitz einer solchen doch kein unbedingt erforderliches für die Führung eines Hausstandes. Wegen der Wohnungsnot und der hohen Preise der Möbel sind viele Familien gezwungen, möblierte Wohnungen zu mieten. Wenn sie dort selbständig wirtschaften, so können sie bei den Unterstufungen nicht anders behandelt werden als Personen, die eigene Möbel besitzen oder auf Abzahlung entnommen haben.

— Vorsicht! In letzter Zeit sind in verschiedenen Städten Geschäftsleute durch gefälschte Einlieferungsscheine über angeblich einbezahlte Postanmeldungen beträchtlich geschädigt worden. In den Geschäften suchte ein gut gekleideter Mann Waren heraus oder ließ sich eine Preisliste übergeben und bemerkte, daß die Waren in den nächsten Tagen gegen Bezahlung abgeholt werden. Am anderen Tag erschien ein junger Mann mit einem anderen Herrn und zeigte einen Brief mit entsprechendem Namensausdruck des Bestellers der Waren vor. In einem Brief wurde um Ausbändigung der Waren an den Ueberbringer gebeten unter Verweisung auf den beiliegenden Posteinlieferungsschein, nach dem der Betrag bei der Postanstalt eingezahlt worden sein soll. Durch den Posteinlieferungsschein haben sich mehrere Geschäftsleute täuschen lassen und die Waren ausgehändigt. Die Einlieferungsscheine erwiesen sich aber als gefälscht.

— Wichtig für Danziger. Alle Danziger, die für Deutschland optieren wollen, haben sich, soweit sie in Stuttgart wohnhaft sind, sofort an die Stadtdirektion Stuttgart, im übrigen Land an die Oberämter zu wenden.

— Die Aufgaben des Reichsfinanzhofs. Der Reichsfinanzhof ist eine obersterichterliche Behörde für Reichsfinanzen und Reichsabgaben und kann nur in Tätigkeit treten, wenn im ordentlichen Rechtsmittelverfahren seine Entscheidung angefochten wird. Zur Erteilung von Auskünften über Steuerfragen und Steuererlasse, zur Bescheidung von Gesuchen über Steuerermäßigung ist er nicht zuständig. Dazu sind die Finanzämter und Landesfinanzämter berufen. Seine Entscheidungen und Gutachten werden, soweit sie für die Öffentlichkeit bestimmt sind und soweit es die Wahrung des Steuergeheimnisses zuläßt, im Buchhandel veröffentlicht.

— Konkursöffnungen im Jahr 1921. Obwohl die Anzahl der Konkursöffnungen sich in den letzten Monaten in stark absteigender Linie bewegt hat — im Dezember sind nur 142 Konkurse gegen 193 im November und 265 im Oktober eröffnet worden —, so weist doch das Jahr 1921 als ganzes eine erhebliche Zunahme der Konkursöffnungen auf. Es sind nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitschrift „Die Bank“ im verwichenen Jahr 3042 Konkurse eröffnet worden gegen 1302 im Jahr 1920 und 997 im Jahr 1919. Die Zunahme ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Kriegseinrichtung der „Geschäftsausrichtung“ immer weniger zur Anwendung gelangt.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 9. Januar 1922.

Schultheißenwahl. Bei der gestern in Wildberg stattgehabten Wahl eines Schultheißen wurde der hiesige Obersekretär Herr d'Argent mit 384 Stimmen gewählt. Seine beiden Gegenkandidaten erhielten 200 und 80 St. Herr d'Argent verfügt somit über eine absolute Mehrheit von 184 Stimmen.

Die Generalversammlung des Geflügel- u. Kaninchenzüchter-Bereins am gestrigen Sonntag im goldenen Lamm war leider sehr schlecht besucht. Der Vorstand begrüßte die Erschienenen und gab einen kurzen Rückblick auf die so gut verlaufene Ganausstellung. Nachdem der Kassier den Rassenbericht über das verwichene Geschäftsjahr gegeben und auch über die in pekuniärer Hinsicht über Erwartung gut abgeschlossene Ausstellung gesprochen hatte, wurde ein der Versammlung schriftlich eingehandelter Antrag, den Gefl. u. Kan.-Züchter-Ber. zum Vereinsregister anzumelden, einstimmig angenommen und mit dem Weiteren ein künstlicher Ausschuss beauftragt. Nach Entloftung des Vorstandes und Kassiers, welche mit dem Ausschuss in dankender Anerkennung unermüdet für den Verein und besonders über die Ausstellung tätig waren, wurde zu den Neuwahlen geschritten. Als 1. Vorstehender wurde W. Geißing (zugleich Delegierter zum Gau) gewählt, als 2. Vorstehender: H. Servon (zugleich Schriftführer), Kassier: K. Hartmann. Als Beisitzer wurden wieder bzw. neu gewählt: J. Neule, Fr. Wader, E. Krauß, Th. Puff, K. Mündinger (zugleich Vereinsdiener), K. Bollmer. Als stellg. Delegierter zum Gau: Karl Patt. Als Rassen-Revisoren für 1922: Bott und Hesser. Der Vereinsbeitrag wurde erhöht auf 12 Mk. jährlich, bei halbj. Einziehung. Es wurden noch Neuaufnahmen erledigt, sowie die Anschaffung einer Knochenmühle u. a. besprochen, worauf die Versammlung um 6 Uhr schloß.

Bekanntmachung.

Morgen Dienstag haben die Bäcker und Mehlhändler ihre leere Mehlkörbe im Städt. Mehllokal abzugeben. Städt. Mehl- u. Futtermittelabgabe.

Statt Karten.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, während des Krankseins und nach dem Hinscheiden unseres lieben unvergesslichen Vaters, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Christian Schill,

Bauunternehmer,

für die ehrenvolle Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte sage ich innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Friedrike Schill, Witwe.

Danksagung.

Für die wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Heimgang unserer innigstgeliebten Gattin, Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Karoline Gutbub,
geb. Pfeiffer,

in so reichem Maße erfahren durften, sagen wir unseren tiefgefühlten Dank. Besonders danken wir den ehro. Krankenschwestern für ihre Krankenbesuche, dem Herrn Stadtoskar für seine trostreichen Worte am Grabe, dem Lieberfranz für den erhebenden Gesang, ferner für die Blumen- und Kranzspenden und die zahlreiche Teilnahme am Leichenbegängnis.

Wildbad, 6. Jan. 1922.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Heizbares möbliertes

Zimmer

von jüngeren Herrn für sofort zu mieten gesucht.

Adressen an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Reh-Bock,

zahn, selten schönes Tier, zu verkaufen.

Off. u. f. w. an die Exp. ds. Blattes.

Gebrauchtes

Büchergestell

zu kaufen gesucht.

Wo, sagt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Fast neue

Schnee-Schuhe

samt Zubehör zu verkaufen. Auskunft erteilt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Formamint Tabl.

Wasserstoffsuperoxyd
Drogerie A. & W. Schmitt.

Bei genügender Beteiligung beabsichtige ich eine Sendung

Kunstdünger

zu beziehen und nehme Bestellungen hierauf entgegen.

Karl Schöber,
Handelsgärtner.

Geb. junges

Mädchen,

Anf. 20., sucht zum Frühjahr Aufnahme in gutbürgerl. ev. Haus, um sich in Hauswirtsch. bef. Kochen gründl. auszubilden. Tascheng. erw. Briefe u. 16252 an Ann.-Exp. N. Baumgarten, Bremen.

Warzen beseitigt schnell und schmerzlos

Dr. Bülleb's Warzenzerstörer. Zu haben bei: Gebr. Schmitt, Mediz.-Drogerie.

Inseriert im „Tagblatt“!

